

Entscheidung für 1970

Zu den japanischen Unterhauswahlen vom 27. Dezember 1969

GEBHARD HIELSCHER

1970 sollte das Jahr der Entscheidung werden. Der Entscheidung über den japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag und den ganzen Komplex des Bündnisses mit Amerika, das die Opposition „zerschlagen“ wollte, um Japan aus der „semi-kolonialen Abhängigkeit“ von den Vereinigten Staaten herauszuführen und ihm eine neue Rolle zuzuweisen als dritte Kraft zwischen den Blöcken – waffenlos, neutral, seine Sicherheit von den Großmächten garantiert, ein prosperierender Mittler zwischen Moskau, Washington und Peking, zwischen den Industriestaaten des „Nordens“ und mindestens den asiatischen Entwicklungsländern, dem „Süden“, geachtetes Mitglied einer reformierten UNO.

Die Entscheidung ist noch vor der Jahreswende gefallen – bei den Unterhauswahlen vom 27. Dezember 1969 – und gegen die Visionen der Opposition. Das heißt, vor allem gegen ihren vordersten Bannerträger, die „Sozialistische Partei Japans“ (SPJ), häufig – wenn auch nur zum Teil zutreffend – als „Linkssozialisten“ apostrophiert.

Ergebnisse der japanischen Unterhauswahlen vom 27. Dezember 1969

(Zusammengestellt nach Angaben des Wahlforschungsbüros im japanischen Selbstverwaltungsministerium)

Partei	Sitzzahl Wahl 1967	Sitzzahl bei Auflösung	Kandidaten	Gewählt	Stimmenanteil		Sitzverteilung am 1. Februar 1970		
					in Mill.	in %	Unterhaus Sitze	%	Oberhaus
LDP	277	272	328	288	22,381	47,63	300	61,7	138
SPJ	140	134	183	90	10,074	21,44	90	18,5	63
Komeito	25	25	76	47	5,124	10,91	47	9,7	24
DSP	30	31	68	31	3,636	7,74	32	6,6	10
KPJ	5	4	123	14	3,199	6,81	14	2,9	7
Unabhän- gige u. Split- terparteien	9	3	167	16	2,573	5,47	3	0,6	5
Summe	486	469 (17 vakant)	945	486	46,987	100,00	486	100,0	247 (3 vakant)

Die 11. Neuwahlen zum japanischen Unterhaus seit Kriegsende – zugleich die 32. in der Geschichte des modernen Japan – brachten ein Wahlergebnis zustande, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Und das, obwohl die Basis für diese Wahlen auffallend schmal war. Denn von den insgesamt 69,7 Millionen wahlberechtigten Japanern gaben nur 46,9 Millionen oder 68,51% ihre Stimme ab. Das ist weni-

ger als die Hälfte der Bevölkerung (Stand am 1. Oktober 1968 101,4 Millionen) und die zweitniedrigste Wahlbeteiligung seit Kriegsende. Gegenüber den letzten Unterhauswahlen vor drei Jahren bedeutet das einen Rückgang um über 5% (von 73,99). Wobei die Stimmrate der Frauen (mit 69,12%) erstmals über derjenigen der männlichen Wähler lag (67,85%). Eine interessante Entwicklung, wenn man bedenkt, daß das Frauenwahlrecht in Japan erst 1946 eingeführt worden ist und die Wahlbeteiligung der Japanerinnen noch vor zehn Jahren um beinahe 5% hinter derjenigen der Männer zurückblieb (Unterhauswahlen 1960: 71,22% der Frauen im Vergleich zu 76% der Männer).

Mit Sato und Tanaka zum Erfolg

Den regierenden Liberaldemokraten (LDP) von Ministerpräsident Eisaku Sato brachten die Jahresendwahlen den größten Erfolg seit Gründung der Partei im Jahre 1955 durch den Zusammenschluß verschiedener konservativer Gruppen. Die LDP konnte 288 ihrer parteioffiziellen Kandidaten direkt durchbringen — gegenüber den Unterhauswahlen von 1967 ein Zuwachs um elf Mandate — und ihre Fraktionsstärke im Parlament durch die Wiederaufnahme von zwölf gewählten „Unabhängigen“ kurz nach der Wahl auf insgesamt 300 Sitze erhöhen.

Dieser unerwartet hohe Wahlsieg der Konservativen war weitgehend das Werk von LDP-Generalsekretär Kakuei Tanaka, dem es mit organisatorischem Geschick gelang, seiner Partei trotz rückläufiger absoluter Wählerzahlen einen derartigen Zuwachs an Mandaten zu sichern. Denn Tanaka — neben Finanzminister Takeo Fukuda und dem früheren Außenminister Takeo Miki einer von gegenwärtig drei Bewerbern um die Nachfolge Satos als Partei- und Regierungschef (Shigesaburo Maeo, ein weiterer Anwärter mit einer starken Machtbasis in der Partei, muß sich zur Zeit aus Gesundheitsgründen zurückhalten; der neue Verteidigungsminister Yasuhiro Nakasone, sicher ein „kommender Mann“, ist mit seinen 51 Jahren nach japanischen Gepflogenheiten noch zu jung) — hat es wie wenige seiner Amtsvorgänger verstanden, die Zahl der offiziellen Parteikandidaten sinnvoll zu begrenzen und dadurch zu verhindern, daß sich rivalisierende LDP-Bewerber zum Schaden der Partei gegenseitig das Wasser abgraben.

Ein Vorgang, den man nur auf dem Hintergrund des japanischen Wahlsystems begreifen kann, das ausschließlich die Direktwahl in sogenannten Großen Wahlkreisen kennt: die insgesamt 486 Unterhausabgeordneten werden in den 123 Wahlbezirken des Landes unmittelbar gewählt, wobei aus einem Bezirk zwischen ein und fünf Abgeordnete kommen können. Ihre Zahl richtet sich — mindestens in der Theorie — nach der Größe des Wahlkreises. Tatsächlich ist die vor vielen Jahren festgelegte Wahlkreiseinteilung durch die wirtschaftliche Umstrukturierung Japans mit ihrer Abwanderung der Landbevölkerung in die städtischen Ballungszentren längst überholt. Das hat zur Folge, daß die zur Wahl erforderlichen Stimmen sich von Wahlkreis zu Wahlkreis unverhältnismäßig stark unterscheiden. So schwankte die Stimmzahl pro gewählter Volksvertreter am 27. Dezember vorigen Jahres zwischen 190 407 in einem städtischen Wahlkreis und 31 899 auf dem Lande — das entsprach Platz 687 unter den 945 registrierten Kandidaten —, während ein anderer städtischer Bewerber noch mit über 121 000 Stimmen durchfiel . . .

Doch entscheidender als die allseits beklagte Ungerechtigkeit der Wahlkreiseinteilung — jeder schreit nach Reform, doch ersticken alle Ansätze an der Unvereinbarkeit der zahlreichen Lösungsvorschläge — ist die Tatsache, daß sich im Großen Wahlkreis mehrere Kandidaten derselben Partei um ein Mandat bewerben können und oft auch gewählt werden. Bei der Wahlvorbereitung kommt es daher vor allem darauf an, die potentielle Wählerschaft eines Wahlkreises richtig einzuschätzen und die entsprechende Zahl von Kandidaten aufzustellen. Gelingt das nicht, so läuft die Partei Gefahr, mit keinem ihrer Bewerber zum Zuge zu kommen oder Stimmen zu verschenken.

LDP-Generalsekretär Tanaka lag mit seiner Lagebeurteilung vor den Dezemberwahlen offenbar richtig. Denn von seinen 328 zugelassenen Parteikandidaten fielen nur 40 durch — eine erstaunlich niedrige Ausfallquote, die nur mit großer Disziplin erreichbar und oft nur durch Sanktionen zu erzwingen war: wer sich den Einsichten des Generalsekretärs nicht beugen wollte, dem verweigerte Tanaka die Zulassung als LDP-Kandidat und zwang ihn damit zu einer Kandidatur als „Unabhängiger“. Allerdings mit der Aussicht, im Falle des Erfolgs noch nachträglich das „Placet“ zu erhalten und in die Partei wiederaufgenommen zu werden. So geschehen mit 12 der 16 gewählten Parteilos, von denen 14 den Konservativen nahestehen.

Sorgfältiger Kabinetts-Proporz

Selbstverständlich wurden die Wahlen von der LDP nicht nur auf organisatorischer Ebene gewonnen. Abgesehen von dem Fehlen einer überzeugenden Alternative wirkten sich vor allem das anhaltende Wirtschaftswachstum — noch kurz vor den Wahlen waren an Japans Arbeitnehmer die höchsten Jahresendgratifikationen der Nachkriegszeit ausgeschüttet worden — und wohl auch die Ende November von US-Präsident Nixon zugesagte Rückgabe Okinawas zugunsten der Regierungspartei aus. Und natürlich war der Wahlsieg der Liberaldemokraten auch ein persönlicher Erfolg für den 68jährigen Regierungschef, der als Nachfolger von Hayato Ikeda vor fünf Jahren das Amt des Ministerpräsidenten übernommen hatte und auf dem besten Wege ist, seinem alten Lehrmeister Yoshida (dem verstorbenen „Adenauer Japans“) den Rang als längstdienender Premierminister der japanischen Nachkriegsgeschichte abzulaufen.

Eisaku Sato, der von Anfang an einen eindeutig proamerikanischen und bis vor kurzem betont reservierten Kurs gegenüber der Volksrepublik China gesteuert hat, ist vor allem ein Meister der Anpassung und Reaktion. Ohne selber eine mitreißende Führerpersönlichkeit zu sein, versteht er es jedoch, vorherrschende innenpolitische Strömungen rechtzeitig zu erkennen und sich zu eigen zu machen. Auch ist es Sato bisher noch immer gelungen, die rivalisierenden Gruppierungen seiner wenig geschlossenen Partei durch häufige Personalverschiebungen in delikatem Gleichgewicht zu halten.

Das gilt auch für sein nach den Wahlen gebildetes drittes Kabinett, in dem die wichtigsten LDP-Faktionen entsprechend ihrer relativen Stärke vertreten sind und sich so gegenseitig neutralisieren: drei Portfolios und das Amt des Ministerpräsidenten für seine eigene Gruppe, die im Unterhaus mit 62 Abgeordneten über die größte Anhängerschaft verfügt; drei Ministerposten für die zahlenmäßig zweitstärkste Mao-

Gruppe (44 Abgeordnete) sowie für das Oberhaus, in dem die LDP mit 138 von 250 Mandaten vertreten ist; je zwei Kabinettsitze für die Miki- (39), Nakasone- (35) und Fukuda-Fraktion (34); je ein Ministeramt seines achtzehnköpfigen Kabinetts vergab Sato schließlich an die nachfolgenden LDP-Gruppierungen unter dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Kawashima (20 Unterhausmandate), dem Fukuda-Freund Sonoda (13) und dem ehemaligen Unterhauspräsidenten Ishii (12). Kleinere Fraktionen wurden nach Möglichkeit mit Staatssekretärsposten oder wichtigen Parteiämtern abgefunden. Oder sie erhielten entsprechende Parlamentsfunktionen, wie etwa der neue Unterhauspräsident Naka Funada, dessen Fraktion ebenfalls aus 12 Abgeordneten besteht.

Abgesehen von diesem ausgewogenen Kabinetts-Proporz – der sich auszahlen soll, wenn Sato sich im kommenden Herbst zum viertenmal um den Posten des LDP-Vorsitzenden und damit japanischen Regierungschefs bewirbt – verdienen bei der Zusammensetzung der dritten Regierung Sato noch einige weitere Faktoren Beachtung, die gewisse Rückschlüsse auf die zukünftige Politik Japans erlauben.

Das ist einmal die Beibehaltung – entgegen japanischer Kabinetts-tradition – von fünf Ministern, darunter die Portfolios Auswärtiges, Kultur und Staatssicherheit. Dies muß in direktem Zusammenhang mit der von der Regierung gewünschten und im Juni dieses Jahres anstehenden Verlängerung des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrags gesehen werden. Hierfür ist Außenminister Aichi – der auch die Okinawa-Verhandlungen geführt hat – federführend, während der eiserne entschlossene Staatsminister für Sicherheit – dessen erfahrene und disziplinierte Bereitschaftspolizei (Kidotai) die radikalen Studentengruppen langsam, aber sicher „fertigmacht“ – dafür sorgen soll, daß die zu erwartenden Gegendemonstrationen unter Kontrolle bleiben. Und daß sich nicht eine Krise wie bei der Ratifizierung des Sicherheitsvertrags vor zehn Jahren wiederholt, als die damalige Regierung Kishi – übrigens der ältere Bruder von Ministerpräsident Sato – durch die Massenproteste zum Rücktritt gezwungen wurde. Kultusminister Sakata schließlich hat sich in Satos Augen um die „Pazifizierung“ der japanischen Universitäten verdient gemacht und damit sehr entscheidend dazu beigetragen, daß die zeitweise bedrohlichen Studentenunruhen abgeklungen sind – auch dies von großer Bedeutung für eine unbehinderte Fortsetzung des Militärbündnisses mit Amerika.

Abschaffung des Sicherheitsvertrags in fünf Jahren?

Nicht weniger aufschlußreich sind zwei Neuberufungen ins Kabinett. So erhielt Kiichi Miyazawa – zweifacher ehemaliger Wirtschaftsminister – das Ressort Außenhandel und Industrie. Offenbar in der Erwartung, daß es ihm gelingen werde, die dornigen Liberalisierungspläne und den leidigen „Textilkrieg“ mit Amerika zu einer befriedigenden Lösung zu führen. Möglicherweise aber auch mit einem Blick auf China: Miyazawa gehört zu den Advokaten verbesserter Beziehungen zur kommunistischen Volksrepublik. Beziehungen, die sich bisher auf einen zum Teil halbamtlichen, wenn auch recht lukrativen Wirtschaftsverkehr beschränkten, dessen Aufwertung durch eine auch politische Annäherung einer wachsenden Zahl von Japanern – gerade auch im Regierungslager – immer vordringlicher erscheint. Und zwar besonders, seit Washington durch die Wiederaufnahme seiner Warschauer Botschafter-

gespräche mit den Chinesen und ersten Erleichterungen im Verkehr mit China grünes Licht mindestens für eine begrenzte Normalisierung gegeben hat.

Mindestens ebenso bedeutsam ist die Berufung von Yasuhiro Nakasone auf den Posten des Verteidigungsministers (genau: Generaldirektor des Selbstverteidigungsamtes im Range eines Staatsministers). Denn Nakasone — eine Art „Jungtürke“ in der Partei, dessen rechtsorientierter Flügel aus den letzten Wahlen gestärkt hervorgegangen ist — ist der erste Verteidigungsminister nach dem Kriege, der die japanische Armee als eine Selbstverständlichkeit ansieht und ihr zu einer geachteten Stellung in der Öffentlichkeit verhelfen will. Der aber auch verkündet — und hier kommt ein neues Selbstvertrauen, ein frisch gewachsenes Nationalgefühl zum Vorschein —, er wolle das gesamte Verteidigungssystem überprüfen: „Bisher hat man den Eindruck, als sei die Verteidigung Japans ein Teil des amerikanischen Verteidigungsrings. Das muß genau umgekehrt sein. Zuerst kommt die Selbstverteidigung. Und nur wenn das nicht ausreicht, holt man sich Hilfe von einem Land, zu dem man gute Beziehungen unterhält.“ Nakasone befürwortet eine Ablösung des Sicherheitsvertrags durch eine neue Regelung bis 1975 . . .

Sozialisten in der Krise

Das will auch die Opposition, wenn auch unter gänzlich anderen Vorzeichen und möglichst noch früher. Doch ihre Hoffnungen auf eine Mitgestaltung der japanischen Politik zu Beginn der siebziger Jahre sind durch die Wahlen vom 27. Dezember bitter enttäuscht worden. Denn dem Wahlsieg der Konservativen — der die LDP bis auf 24 Stimmen an die verfassungsändernde Zweidrittel-Mehrheit heranbrachte — entspricht die katastrophale Niederlage der bisher wichtigsten Oppositionskräfte: der Sozialisten.

Die 1945 gegründete „Sozialistische Partei Japans“, die nach einer Spaltung mit späterer Wiedervereinigung 1960 in zwei Parteien auseinanderbrach — die kleinere sozialdemokratische DSP (Demokratisch-Sozialistische Partei) und die zur Hälfte extrem links orientierte SPJ —, ist durch das Wahlergebnis in eine schwere Krise gestürzt worden. Während die DSP mit 31 Mandaten ihre Stellung behaupten konnte — doch wurde die Partei von ihrem Erzrivalen, der militant-buddhistischen „Komeito“, überholt, welche ihre Sitzzahl fast verdoppelte: von 25 auf 47 —, verlor die SPJ 50 Sitze oder mehr als ein Drittel ihrer bei den letzten Wahlen gewonnenen Mandate und wurde auf eine Fraktionsstärke von nur noch 90 Unterhausabgeordneten reduziert. Alle Ambitionen der Partei auf eine SPJ-geführte Koalitionsregierung der sogenannten progressiven Kräfte — zu denen auch die Kommunisten zu rechnen wären, deren Unterhausvertretung sprunghaft von 5 auf 14 Mandate hochschnellte — sind damit auf Jahre hinaus zerstört. Denn die SPJ wird all ihre Kraft darauf verwenden müssen, sich zu regenerieren und zunächst einmal ihre Vorwahlstärke wiederzugewinnen (die ihrerseits zu einer Regierungsbildung bei weitem nicht gereicht hätte).

Die Niederlage der „Linkssozialisten“ — die zweitschwerste in der Nachkriegsgeschichte der sozialistischen Bewegung Japans überhaupt — hat ideologische und organisatorische Ursachen. Die Partei verfügt über einen völlig unzureichenden Apparat und muß sich organisatorisch und finanziell — und zwar gerade im Wahl-

kampf — auf den ihr nahestehenden größten japanischen Gewerkschaftsverband „Sohyo“ verlassen (mit 4,2 Millionen Mitgliedern gegenüber nur 31 000 der SPJ!). Insofern decken sich ihre Probleme zum Teil mit denen der DSP, deren gescheiterter Versuch, sich zu einer breiten Volkspartei nach westeuropäischem Muster zu mausern, wesentlich auf ihre organisatorische Schwäche zurückzuführen ist. Auch die Demokratischen Sozialisten können sich bei Wahlen nur dank der Unterstützung durch Japans zweitgrößten Gewerkschaftsverband „Domei“ einigermaßen behaupten (Mitgliedschaft zwei Millionen im Vergleich zu rund 50 000 DSP-Zugehörigen). SPJ wie DSP haben daher auch nur einen begrenzten Einfluß auf die Kandidatenaufstellung, was eine dem japanischen Wahlsystem angemessene Wahlstrategie wesentlich erschwert. Ergebnis: eine hohe Durchfallrate von mehr als der Hälfte ihrer Bewerber (SPJ = 183 : 90; DSP = 68 : 31). In beiden Parteien wie auch in den entsprechenden Gewerkschaften sind daher Überlegungen im Gange — allerdings nicht erst seit den Wahlen und keineswegs nur aus organisatorischen Gründen —, inwieweit eine Neuordnung des Verhältnisses Partei—Gewerkschaft zweckmäßig und durchsetzbar wäre. Überlegungen, die sehr stark auch durch die wiederbelebten Versuche beeinflusst werden, die lähmende Zersplitterung der japanischen Arbeiterbewegung durch eine Entideologisierung der Gewerkschaften zu überwinden, mindestens zu reduzieren — bzw. eine solche Entwicklung zu verhindern.

Überbetonung der Ideologie und dementsprechend Vernachlässigung einer zeitgemäßen Tagespolitik — mit diesen Worten läßt sich das Dilemma der SPJ am treffendsten kennzeichnen. Hier liegt auch die Wurzel der entscheidenden Schlappe bei den letzten Wahlen, die der Partei ja nicht nur einen einschneidenden Mandatsverlust, sondern eben auch das Abwandern von Millionen enttäuschter Wähler bescherte (und zwar sowohl auf dem Lande wie in den Großstädten, bei alt und jung). Im Vergleich zu den Unterhauswahlen vor drei Jahren verlor die SPJ 2,8 Millionen Stimmen. Und das, obwohl die Gesamtzahl der Wahlberechtigten gegenüber 1967 um knapp 7 Millionen zugenommen hatte.

Ob die nun in allen Parteigremien betriebene Diskussion um eine grundlegende Reform der SPJ tatsächlich zum Erfolg führen wird — oder möglicherweise zu einer neuen Spaltung —, ist noch völlig offen. Denn bisher hat es der linke Flügel unter dem früheren Parteivorsitzenden Kozo Sasaki noch immer verstanden, eine wirkliche Wandlung der Partei — wie sie von Generalsekretär Saburo Eda und seinen „Strukturreformern“ seit Jahren gefordert wird — zu verhindern. Beide Flügel mußten bei den Wahlen beträchtliche Einbußen hinnehmen — die Linken allerdings wesentlich stärker als Edas Strukturreformer — und verfügen heute über die gleiche Gefolgschaft im Unterhaus (je 12 Abgeordnete). Im Vergleich dazu konnten sich sowohl die rechte Kawakami-Fraktion (mit 11 Mandaten) wie auch die mittleren Gruppen um den Parteivorsitzenden Tomomi Narita (14) und seinen Vorgänger Seiichi Katsumata (16) recht gut behaupten. Doch Parteireformen werden auf dem Parteitag beschlossen, und dort kontrollieren die Linken noch immer eine Mehrzahl der Delegierten, so daß kaum Veranlassung zu übertriebenem Optimismus besteht. In jedem Fall — und ohne das Ergebnis der sozialistischen Selbstdurchleuchtung abzuwarten — hat die „Sohyo“-Gewerkschaft für ihre Mitglieder bereits die Konsequenzen aus der SPJ-Niederlage gezogen und den im Vorjahr beschlossenen Generalstreik gegen die Verlängerung des Sicherheitsvertrags abgeblasen.

Buddhisten auf dem Vormarsch

Während sich SPJ und DSP noch über den „rechten Weg zum Sozialismus in Japan“ streiten (die Demokratischen Sozialisten haben ihren linken Brüdern die Wiedervereinigung angeboten, sofern die SPJ ihren Klassenkampfcharakter aufgeben und sich in vollem Umfang zur parlamentarischen Demokratie bekenne), haben Japans militante Buddhisten bei den Wahlen einen kräftigen „Sprung nach vorn“ getan. Ihre straff organisierte „Partei für eine saubere Politik“ — die Komeito — konnte am 27. Dezember 1969 eine weitere Etappe auf ihrem stupenden Weg nach oben erreichen, der sie zunächst zur stärksten Oppositionspartei machen soll, bevor sie dann die Regierungsbastionen in Angriff nimmt.

Gestützt auf eine sehr finanzkräftige religiöse Dachorganisation — die „Sokagakkai“ mit ihren vorgeblich 7,1 Millionen angeschlossenen Haushalten(!) — ist es der Komeito im Zuge von zwei Unterhauswahlen gelungen, sich von 0 auf 47 Abgeordnete hochzukämpfen, so daß die Partei auf den Oppositionsbänken jetzt den zweiten Platz vor DSP und den Kommunisten einnimmt. Gleichzeitig konnte sie sich eine Wählerschaft von 5,1 Millionen oder 10,91% der Stimmen sichern. Das entspricht bereits mehr als der Hälfte der SPJ-Wähler (10 Millionen bzw. 21,44%), die sie im übrigen bereits in mehreren Großstädten weit hinter sich gelassen hat. Allen voran in Tokio, wo die Komeito zehn Sitze erobern konnte, die SPJ hingegen nur zwei.

Wohin die Partei politisch steuert, ist noch immer nicht mit hinreichender Gewißheit zu sagen. In ihren ersten Jahren neigte die Komeito eher nach rechts, so daß man ein späteres Zusammengehen mit den Konservativen erwarten konnte. Diese Haltung ist jedoch alsbald in eine sehr kritische Anti-LDP-Position umgeschlagen, die zu häufigen Gemeinschaftsaktionen mit der SPJ führte, vor allem im Parlament. Ihrer Substanz nach vertritt die Komeito eine sehr pragmatische, an Wohlfahrtsstaatsmodellen orientierte Politik mit einem guten Schuß „Poujadismus“. Doch mit ihrem religiösen Überbau — der Schulen, Krankenhäuser, Kultur- und Sportfeste ebenso einschließt wie Meditationssitzungen mit Gruppentherapie und Marathon-Gebete — verfügt die Partei über ein weltanschauliches Element, das ihr gekoppelt mit der militärisch-hierarchischen Organisation bei all denen großen Anklang verschafft, die sich im Nachkriegs-Japan ausgeschlossen oder zu kurz gekommen fühlen. Einschließlich eines großen Teils des Bürgertums und gewisser Gruppen der sogenannten Intelligenz.

Sicher sind auch dem Zulauf, den eine solche Partei in einer prosperierenden Gesellschaft mit Anpassungsschwierigkeiten und Strukturänderungen finden kann, bestimmte Grenzen gesetzt. Doch wo diese Grenzen im Falle der Komeito liegen, darüber streiten sich noch die Politiker und Soziologen in Japan. Daß der Arm des Gespanns Komeito—Sokagakkai schon sehr weit reicht und seine Macht zuweilen bedrohliche Aspekte annehmen kann, zeigt eine Kontroverse um die Veröffentlichung verschiedener kritischer Bücher, die von den Buddhisten durch Einschüchterungsversuche gegenüber Verfasser, Verlag und den Anzeigentägern offensichtlich hintertrieben werden sollte (wobei teilweise sogar ein prominenter Politiker der Regierungspartei mitspielte ...).

Die KP als Fürsprecherin der Meinungsfreiheit

Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, daß sich als erste Partei ausgerechnet die japanischen Kommunisten (KPJ) dieser Sache angenommen und sich zu einem Fürsprecher der Presse- und Meinungsfreiheit aufgeschwungen haben. Dennoch wird diese neue Rolle der Partei einige zusätzliche Freunde gewinnen, nachdem es den Kommunisten schon mit ihrer kompromißlosen Verurteilung studentischer Gewaltaktionen gelungen war, in den Ruf einer „gemäßigten Partei“ zu geraten.

Wie die japanische KP überhaupt seit einigen Jahren wachsenden Anklang mit ihrem national eingefärbten, von Moskau und Peking weitgehend unabhängigen Kommunismus (einschließlich Verurteilung der CSR-Invasion) gefunden hat. Die letzten Wahlen lieferten hierfür einen überzeugenden Beweis: die KPJ konnte ihre Fraktionsstärke im Unterhaus fast verdreifachen (auf 14 Mandate) und liegt mit ihren 3,2 Millionen oder 6,81% der Wählerstimmen nur noch knapp unter den Demokratischen Sozialisten (DSP: 3,6 Millionen bzw. 7,74%). Daß die Kommunisten dabei von allen Parteien die höchste Durchfallquote hatten (123:14), liegt ausnahmsweise nicht an organisatorischer Schwäche, sondern muß im Gegenteil als ein Beweis umfassender Basisarbeit gewertet werden. Denn die KPJ hat es sich zum Grundsatz gemacht, bei jeder Wahl in jedem Wahlkreis einen eigenen Kandidaten aufzustellen, um einen zuverlässigen Barometer ihrer Stärke zu haben. Eine bemerkenswerte organisatorische Leistung für eine so kleine Partei ohne mit den Sozialisten vergleichbare, gewerkschaftliche Unterstützung, die ihre Aktivitäten vor allem aus Beiträgen und Spenden ihrer Mitglieder und Förderer sowie dem Verkauf ihrer sehr erfolgreichen Parteizeitung „Akhata“ (Rote Fahne) finanzieren muß: die für den allgemeineren Markt zugeschnittene Sonntagsausgabe des Blatts hat immerhin eine verkaufte Auflage von über eine Million! Dennoch hat die KPJ im konservativ regierten Japan keine Aussicht auf irgendeinen Zugang zur Macht.